

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 14.10.2010

- 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2010**
- 2 Beschlüsse**
 - 2.1 Subventionen 2010
 - 2.2 Zuwendung an BR-Fonds 2010
 - 2.3 Zuweisung der Anträge der 154. Vollversammlung
 - 2.4 Änderungen in den Fachausschüssen
- 3 Berichte**
 - 3.1 Bericht des Präsidenten – Tumpel**
 - 3.2 Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.2.1 Aktueller Bericht
 - 3.3 Beratung – Trenner**
 - 3.3.1 Arbeits- und Sozialrechtliche Tagung 2010
 - 3.3.2 Aktueller Bericht
 - 3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**
 - 3.4.1 Nachhilfe in Wien 2010 (IFES-Studie)
 - 3.4.2 BRP-Studie: „Vom Lehrling zum Master“ – Studierende mit Berufsreifeprüfung (BRP) an Wiener Hochschulen
 - 3.4.3 AK-Befragung von Wiener Eltern in Karenz zu Weiterbildung und Wiedereinstieg
 - 3.4.4 Die „New Skills for New Jobs Initiative“: Was kommt nach Lissabon?
 - 3.4.5 Wienfluss Radweg und erste Fahrradwege Wiens
 - 3.4.6 Österreichischer Aktionsplan Konsumentenschutz 2010 – 2013
 - 3.4.7 Aktueller Bericht
 - 3.5 Information – Ficzkó**
 - 3.5.1 Rathausempfang für die SiegerInnen der Berufswettbewerbe 2010 der AK Wien
 - 3.5.2 33. GEDIFO-Plenum, 11. Oktober 2010
 - 3.5.3 Aktueller Bericht
 - 3.6 Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Oktober 2010
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – September 2010
 - 3.6.3 Verwendung von Geldern aus aufgelösten Betriebsratsfonds
 - 3.6.4 Sozialpartnereinigung Lohn- und Sozialdumping und Rot-Weiß-Rot Card
 - 3.6.5 Befragung von Müttern und Vätern in Karenz
 - 3.6.6 Aktuell - Budgetkonsolidierung
 - 3.6.7 Aktueller Bericht
 - 3.7 Wirtschaft – Kubitschek**
 - 3.7.1 Dritte Energiebinnenmarkt-Richtlinie
 - 3.7.2 Lkw-Stellplatzinformationen auf Autobahnen
 - 3.7.3 Neue Urheberechtsabgaben auf Computer und Festplatten ab Oktober 2010
 - 3.7.4 Gentechnikzeichnung
 - 3.7.5 Aktueller Bericht
- 4 Allfälliges**

Tumpel begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:
Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 12.11.2010 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2010

Tumpel ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2010.

Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 14.10.2010 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2010

Beschluss:			
Der Vorstand beschließt die vorliegenden Subventionen für das Jahr 2010 wie folgt:			
Nr	Antragsteller	neuer Antrag 2010	Beschluss
1	Lois Weinberger-Institut für christlich-soziale Politik in Wien	6.500,00 €	5.000,00 €
→ einstimmig angenommen			
2	IG Kultur Österreich	1.500,00 €	1.500,00 €
→ einstimmig angenommen			
3	Verein christliches Vereinshaus	10.000,00 €	10.000,00 €
→ einstimmig angenommen			

2.2 Zuwendung an BR-Fonds 2010

Die Betriebsratskörperschaften der AK Wien und hat um Zuwendungen an den BR-Fonds ersucht.

Für das Jahr 2010 wurde zwischen Kammerleitung und Betriebsrat vereinbart, dass die Zuwendung folgendermaßen abgegolten wird:

Beschluss:		
BR Körperschaft	Zuwendung für das Jahr 2009	Zuwendung für das Jahr 2010
AK Wien (Grundförderung, Kultur, Sport, Ang. Bibliothek)	45.000,00 €	45.000,00 €
Der Betrag von jeweils € 45.000,- wurde für die Jahre 2010 bis 2012 vereinbart.		
→ einstimmig angenommen		

2.3 Zuweisung der Anträge der 154. Vollversammlung

Muhm schlägt dem Vorstand eine Änderung im vorliegenden Zuweisungsverzeichnis vor: Der Antrag 4 der AUGÉ/ UG soll demnach nicht dem Ausschuss Kommunal- und Regionalpolitik, sondern dem Ausschuss Sozialpolitik zugewiesen werden.

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungs- ergebnis	Ausschussbehandlung
FSG	DR1	Nachhaltige Sicherung der Finanzierung der sozialen Krankenversicherung	Annahme einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
FA	DR1	Für eine leistbare und sozial faire Zukunft der Familien und Pensionisten durch die Rücknahme der Härten des Sparpakets 2011	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
FSG	R1	Für eine sichere, leistungsfähige und sozial gerechte Pensionsversicherung. Es gibt keine Alternative zur gesetzlichen Pensionsversicherung.	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
	R2	Konjunkturbelebung durch Stärkung der Einkommensentwicklung sichern	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
	1	Keine neuen Massensteuern	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
	2	Kampf gegen Steuerhinterziehung	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
	3	Sozial gerechte Ökologisierung des Steuersystems	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
	4	Für eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
	5	Budgetkonsolidierung nicht auf Kosten der Arbeitslosen - Sie haben für die Krise schon genug bezahlt	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	6	Nachhaltige Stärkung des Bildungsstandorts Österreich - Budgetkonsolidierung darf nicht zu Lasten der Zukunftsinvestition Bildung gehen	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
	7	Faire Arbeitsbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiternehmer	gemeinsamer Antrag 2	
	8	Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
	9	Verpflichtende Weiterbildung der AusbilderInnen	Annahme einstimmig	Jugendschutz u Lehrlingswesen
	10	Freistellung für Prüfer/innen bei der Lehrabschlussprüfung bzw Juror/innen bei den Praxistests	Annahme einstimmig	Jugendschutz u Lehrlingswesen
	11	Reform der Pflegehilfe	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
	12	Reform der medizinischen Assistenzberufe	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik

	13	Kein Lohn- und Sozialdumping durch die Hinterfüre: Langzeitarbeitslose brauchen kollektivvertraglich und sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigung	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	14	Zwangsmaßnahmen gegen Sozialdumping im Verkehrsbereich	Annahme einstimmig	Verkehr u Tourismus
	15	Gentechnikfreiheit in Österreich absichern und verbessern	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	16	Aufhebung der 10%-Grenze für die Neue Mittelschule	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
	17	Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen in Wien	Annahme einstimmig	Kommunalpolitik u Regionalpolitik
	18	Verbesserung der Stellung der MieterInnen	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	19	Änderung des Maklergesetzes	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	20	Bildungsreform JETZT	Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
	21	Effiziente Auftraggeberhaftung für Arbeitnehmerforderungen	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	22	Kein Mehrwertentgelt in Warteschleifen	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
ÖAAB/FCG	2	Bedarfsorientierte Pflegefreisteilung	gemeinsamer Antrag 1	
	3	Erhöhung und Evaluierung des AK-Bildungsgutscheins	Zuweisung einstimmig	Bildung u Kultur
	4	Gesetzlich-verankerter Schutz für überlassene Arbeitskräfte	gemeinsamer Antrag 2	
	5	Sozialversicherung und Selbstverwaltung - die Grundpfeiler der österreichischen Sozialversicherung	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitswesen
	6	Aufkommensgerechte Finanzierung der österreichischen Pensionsversicherung	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitswesen
	11	Irreführung und Täuschung der Konsumenten bei Kauf von Lebensmitteln verhindern	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	12	Änderungen von Arbeits- und Dienstrechten weiterhin auf Sozialpartnerebene verhandeln	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik

FA	1	13. und 14. Monatsgehalt nicht höher besteuern	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
	2	13. Familienbeihilfe sicher stellen	Annahme mehrheitlich	Frauen- u Familienpolitik
	3	AMS-Bewerbungskurse kürzen	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	6	Mehr Transparenz der Pflegeleistung	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitswesen
	9	Nein zu diesem Terrorismuspräventionsgesetz	Zuweisung mehrheitlich	Rechtsschutz- u Rechtsberatung
	12	Kein Patent für mit Gen-Nahrung gefütterte Tiere	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	15	Kennzeichnung Gentechnik	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	17	Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes um 20 Prozent	Zuweisung mehrheitlich	Frauen- u Familienpolitik
	18	Kontrollen Lebensmittel auf GVO	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	19	Kostenlose Wiener Wohnen-Hotline für alle	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	20	Ergänzung auf Internetseite der AK-Wien	Zuweisung einstimmig	Vorstand
	21	Sinnvolle Maßnahmen gegen Glücksspielsucht	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	22	Massnahmen gegen Telefonbetrug mit Glückspiel I	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	26	Entfall des Pensionssicherungsbeitrages bis zur Höhe der ASVG Höchstspension	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitswesen
	28	Behördliche Preisobergrenze für Spirit	Zuweisung mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
	29	Pensionsauszahlung am Monatsletzten	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	35	Steuer- und Abgabenlast auf EU-Niveau senken	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
	36	Strafen für GVO-Anbau	Zuweisung mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
	37	Ungerechtigkeit bei pflegebedürftigen Kindern	Zuweisung	Sozialversicherung u Gesundheitswesen

				mehrheitlich	
	3	Förderung von Elektroautos		Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
	4	Förderung und Erhöhung der Sicherheit beim Radverkehr		Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
	5	Verstärkte und bessere Maßnahmen gegen Mobbing		Zuweisung einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	6	Kennzeichnung von sozial geführten Supermärkten und Händlern		Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
LP	4	Rot-Weiß-Rot Card		Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	5	Überarbeitung der Studienpläne		Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
	7	Besuchsrecht der geschiedenen Eltern		Zuweisung einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
	8	Aufhebung der Pflicht zur Bekanntgabe der Scheidung bei Aufenthaltstiteln über Ehegatten nach dem NAG binnen 4 Wochen		Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	9	Überprüfung der Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes		Zuweisung mehrheitlich	Sicherheit, Gesundheit u Arbeit
	10	Umsetzung der UN- Kinderrechtskonvention		Annahme einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
	12	Verkleinerung der Kindergartengruppen		Zuweisung einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
	15	Kollektivvertrag für Kindergartenbedienstete		Zuweisung einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	16	Schwerere Sanktionen für die Ungleichbehandlung		Zuweisung einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
	17	Niederlassungsbewilligung für ausländische Studienabsolventen in Österreich		Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	18	Aberkennung der Staatsbürgerschaft aufgrund von Verfahrensfehlern		Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
BM	1	Bildung für Migranten		Zuweisung mehrheitlich	Bildung u Kultur
	2	Hetzparolen, Diskriminierung und Rassismus auf Werbeflächen und Medien unterbinden		Zuweisung einstimmig	Vorstand

	3	Mehr Bewegungs- und Sportmöglichkeit für Jugendlichen		Zuweisung einstimmig	Bildung u Kultur
	4	Deutschkurse für Integration mehr fördern		Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	5	Spezialisten einsetzen statt abschieben		Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	6	LKWs mit Rückfahrtsensoren		Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
	7	Agrar-Förderungen sollen gerechter verteilt werden		Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik
GLB	1	Privatstiftungen		Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
	2	Gesetzlicher Mindestlohn		Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	3	Studiengebühren		Annahme mehrheitlich	Bildung u Kultur
	4	Energiegrundversicherung		Zuweisung mehrheitlich	Umwelt u Energie
	6	Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke		Annahme mehrheitlich	Umwelt u Energie
	7	Pensionssicherungsbeitrag		Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitswesen
TÜRK-IS	1	Einsatz von Interkulturellen MediatorInnen und die Bildung von Interkulturellen MediatorInnen POOL 's		Zuweisung einstimmig	Rechtsschutz u Rechtsberatung
KOMINTERN	1	Notwendige Verbesserungen auch für die Lern- und Freizeitbetreuung an öffentlichen Schulen!		Zuweisung mehrheitlich	Bildung u Kultur
	2	Keine Budgetsanierung auf Kosten der arbeitenden Menschen! Umsetzung der Gesundheits- Bildungs- und Sozialmilliarde!		Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
	3	Praxistest: Die Hälfte für die Lehrlinge!		Annahme mehrheitlich	Jugendschutz u Lehrlingswesen
	4	Formular für Arbeitnehmeranmeldung auch in türkischer Sprache		Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik

BDFA	1	Arbeitsrecht soll auch für undokumentiertes Arbeiten gelten - zum Schutz aller abhängig Arbeitenden	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
FSG, ÖAAB, FA, AUGE/JG, GA, LP, BM, GLB, Türk-Is, Komintern	1	Verbesserung der Pflegefreistellung	Annahme einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
FSG, ÖAAB, FA, AUGE/JG, GA, LP, BM, GLB, Türk-Is, Komintern	2	Faire Arbeitsbedingungen für LeiharbeiterInnen und Leiharbeitnehmer	Annahme einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
→ einstimmig angenommen				

2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Tischler (GBH)

Ersatzmitglied neu

Kochberger Thawin

Ersatzmitglied ausgeschieden

Stracker Roswitha

Tapezierer (GBH)

Mitglied neu

Graf Friedrich

Oehlzand Peter

Wilfinger Daniela

Ersatzmitglied neu

Sehnal Kurt

Hotel- und Beherbergungsbetriebe (VIDA)

Ersatzmitglied neu

Glaser Christina

Kelz Ernst

Ersatzmitglied ausgeschieden

Mares Helmut

Tusch David

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Tumpel berichtet, dass zur Zeit intensiv an den Stellungnahmen zu den Budgetbegleitgesetzen gearbeitet wird; die Begutachtungsfrist ist sehr kurz. Der Budgetentwurf der Regierung enthält einige soziale Härten, zu denen sich die Arbeiterkammer kritisch positioniert. In diesen Punkten werden wir uns für Änderungen einsetzen. Einnahmenseitig befinden sich im Budgetentwurf einige Maßnahmen, an die wir positiv anknüpfen können. Die Besteuerung von Kapital und Vermögen ist ein wichtiger Schritt. Positiv nennt **Tumpel** die Offensivmaßnahmen als wichtige Aktivposten. Allerdings sind zusätzliche Investitionen in den zentralen Zukunftsbereichen erforderlich.

Tamandl geht auf die Pendlerpauschale ein, die zunächst bis 2009 befristet und dann bis 2010 befristet war und nun angeblich mit der Erhöhung von 5 Prozent unbefristet weiter laufen soll. Sie betont, dass sie diese Erhöhung für unzureichend hält und grundsätzliche Änderungen wünscht; die tatsächliche Kilometerzahl sollte maßgeblich werden. Das Kilometergeld soll angeblich ebenfalls um 5 Prozent angehoben werden. Auf Nachfrage erklärt **Tumpel**, dass ihm eine Anhebung des Kilometergeldes nicht bekannt ist.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors

Muhm berichtet über den Stand des Anfang des Jahres im Vorstand beschlossenen Einschusses in den Leasingvertrag mit der HBV Holding in Höhe von 5,6 Mio. Euro. Nachdem die Bilanz der HBV Holding zum 31.12.2008 ein negatives Eigenkapital von rund 1,4 Mio. Euro aufwies und auch für das Jahresergebnis 2009 ein Minus erwartet wurde, hatte die AK Wien – wie im Vorstand berichtet wurde – von der Zahlung der Kautions solange Abstand genommen, bis zusätzliche Sicherheiten der Leasinggesellschaft oder der Muttergesellschaft der HBV Holding vorliegen. Mittlerweile liegt eine Patronatserklärung der BAWAG PSK Leasing GmbH vor, so dass nunmehr der Betrag in Höhe von 5,6 Mio. Euro an die HBV Holding überwiesen wird.

Muhm informiert über ein Verfahren, das die AK Vorarlberg gegen die Rechtsanwaltskammer gewonnen hat, wonach die Arbeiterkammer auch Nicht-Mitglieder beraten darf.

Muhm berichtet, dass hinsichtlich der Eröffnung einer vierten Außenstelle der AK Wien der Kollege Trenner ein bereits im Rohbau befindliches Objekt in der Wagramer Straße am Kagraner Platz im 22. Bezirk besichtigt hat, das an einem zentralen Verkehrsknotenpunkt in der Nähe der U1 liegt. Derzeit werden Vorschläge erarbeitet.

Muhm berichtet, den Herstellungsauftrag der AK FÜR SIE mit der Druckerei Leykam verlängern zu können und verweist auf die schriftliche Unterlage. Er betont, dass mit Leykam ein guter Verlängerungsvertrag ausgehandelt wurde.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner verweist auf den schriftlichen Bericht und betont, dass bei der diesjährigen Arbeits- und Sozialrechtlichen Tagung am 18. Oktober der Verfassungsrechtler UnivProf DDr Heinz Mayer die AK-Position zur Auftraggeberhaftung bestätigt hat; demnach sei diese sachlich begründet, da ein berechtigtes öffentliches Interesse bestehe, Sozialbetrug einzudämmen. Die Auftraggeberhaftung ist demnach verfassungsgemäß. Das zeigt, dass die Einwände der Arbeitgeberseite unberechtigt sind.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl verweist hinsichtlich ihres ersten Berichtspunktes auf die schriftliche Unterlage und berichtet über die Studie „Vom Lehrling zum Master“ – Studierende mit Berufsreifeprüfung (BRP) an Wiener Hochschulen. Zwischen 1997 und 2007 erreichten rund 17.000 Personen BRP-Abschlüsse. Rund 60 Prozent der BRP-AbsolventInnen beginnen eine weiterführende Ausbildung. Die Zahl der Studierenden mit Berufsreifeprüfung beträgt für das Wintersemester 2009 an den Fachhochschulen rund 5 Prozent aller Studierenden und an den Universitäten rund 1,9 Prozent aller Studierenden. Der Anteil nicht-traditioneller Zugänge insgesamt ist an den Fachhochschulen mit 11 Prozent mehr als doppelt so hoch wie an Universitäten mit 5 Prozent. Im Studienjahr 2008/ 09 wurden von Personen mit Berufsreifeprüfung fast 400 FH-Studien (4,4 Prozent aller AbsolventInnen) und knapp 350 Uni-Studien (1,3 Prozent) erfolgreich beendet. Seit 2002/ 03 gibt es bereits rund 2.500 HochschulabsolventInnen mit Berufsreifeprüfung.

Bezüglich des dritten Berichtspunktes verweist **Aschauer-Nagl** auf die schriftliche Unterlage und berichtet zum vierten Punkt über die „New Skills for New Jobs Initiative“ – Was kommt nach Lissabon?, eine Initiative der Europäischen Kommission. Die Arbeiterkammer war mit dieser zunächst nicht glücklich, da sie auf die Arbeitgeberseite ausgerichtet ist, und wir das Thema gerne umfassender diskutiert hätten. Schließlich haben sich Arbeiterkammer und ÖGB in diesem Prozess doch engagiert. Eine Kollegin aus der Bildungspolitik wurde als Vertreterin des EGB geladen und konnte dessen Positionen vertreten. Zudem hat es verschiedene Initiativen von Abteilungen der AK Wien gegeben. Die Abschlussveranstaltung wurde vom 18. November dieses Jahres auf Februar nächsten Jahres verschoben, da die Ministerin wegen des Budgets verhindert ist.

Aschauer-Nagl weist auf die L14 Bildungs- und Berufsinformationstage vom 17. bis zum 20. November im BIZ in der AK Wien hin.

Bezugnehmend auf die schriftliche Unterlage „Wienfluss Radweg und erste Fahrradgarage Wiens“ lobt **Aschauer-Nagl** die Projekte. Abschließend berichtet sie über den Stand des Österreichischen Aktionsplans Konsumentenschutz 2010 – 2013, der im Regierungsprogramm vorgesehen ist und demnächst offiziell präsentiert wird. Die Arbeiterkammer ist mit dem Ergebnis zufrieden, allerdings hätten wir uns eine längere Planung gewünscht.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzko

Ficzko beginnt seinen Bericht mit einem bildungspolitischen Thema. Bei den diesjährigen Berufswettbewerben haben mehr als 17.000 junge Menschen aus über 90 verschiedenen Berufsgruppen teilgenommen. Sie haben ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen können und haben bestätigt bekommen, dass sie auf einem guten Weg sind. Die ersten PreisträgerInnen werden nochmal zu einem Empfang ins Rathaus geladen, wo viele Eltern und Großeltern mitkommen und sehr stolz sind. Diese Berufswettbewerbe sind auch eine Möglichkeit, junge Leute mit gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Kontakt zu bringen. Auch deshalb ist es wichtig, dass das alljährig stattfinden.

Ficzko verweist auf das aufliegende ÖGB-/ AK-Seminarprogramm, das noch hochwertiger als bisher ist und seit Jahren zwischen 350 und 370 Seminare anbietet, in denen die Kolleginnen und Kollegen zentrale Grundlagen erwerben können.

Ledwinka ergänzt, dass auf der Seite 15 im Seminarprogramm erstmals ein frauenpolitischer Lehrgang angeboten wird, der im März nächsten Jahres beginnt. Als zentrale Themen dieses Lehrgangs nennt **Ledwinka** Geschichte der Frauenbewegung, Persönlichkeitsentwicklung, Gleichberechtigung und Einkommenstransparenz. Der Lehrgang findet in vier Modulen im März 2011, im Mai 2011, im November 2011 und im Frühjahr 2012. statt. Für das abschließende vierte Modul konnten für Kamingsgespräche insbesondere Lore Hostasch und Barbara Prammer gewonnen werden.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner verweist auf die schriftlichen Berichte und hebt zwei Berichtspunkte hervor. Zunächst informiert sie über die Verwendung von Geldern aus aufgelösten Betriebsratsfonds. Die Gelder sind an Berufsschulen und einmal an die Volkshilfe gegangen.

Weiter berichtet **Kundtner** beziehend auf die schriftliche Unterlage über die Sozialpartnereinigung zu Lohn- und Sozialdumping und zur Rot-Weiß-Rot-Card. Geregelt wird die Zuwanderung in drei Gruppen; den „Besonders hoch qualifizierten MigrantInnen“ (Säule 1), den „Qualifizierten MigrantInnen in Mangelberufen“ (Säule 2) und den „Qualifizierten MigrantInnen, die ein Ersatzkraftverfahren durchlaufen müssen“ (Säule 3). In den Umsetzungsgesprächen der Sozialpartner auf Expertenebene mit dem Sozialministerium und dem Innenministerium wurden von den Ministerien aus Praktikabilitätsgründen einige Änderungen vorgeschlagen:

Die Frage, ob ein Arbeitnehmer in gehobener Managementposition tätig war, sollte nicht nach der Finanz- und Personalverantwortung, sondern einfacher nach dem erzielten Entgelt beantwortet werden. Die Feststellung der Fachlichkeit durch ein Gutachten des zuständigen Ministeriums sollte in den Säulen 1 und 2 gestrichen werden und in der Säule 3 durch das Kriterium „besondere Fähigkeiten und Qualifikationen“ ersetzt werden. Wegen eines zu großen Verwaltungsaufwandes sollten die Bonuspunkte für einen bestimmten Wirtschaftszweig gestrichen werden. Außerdem schlagen die Ministerien vor, die Verlängerung der Rot-Weiß-Rot-Card nach erstmaliger Erteilung in allen drei Säulen nach dem Muster der aktuellen Schlüsselkraftregelung zu erteilen, wonach eine uneingeschränkte Verlängerung erteilt wird, wenn in den letzten 18 Monaten zumindest 12 Monate lang im bewilligten Beruf gearbeitet wurde. Diese Anpassungen würden das System tatsächlich leichter administrierbar machen.

Strittig ist allerdings, wann die Regelung nach Säule 2 und 3 in Kraft treten soll. Die Arbeiterkammer hat immer betont, dass eine Beobachtungsphase erforderlich ist, und dass die Verordnung erst ab Mai 2012 in Kraft treten kann. Die Arbeitgeberseite hat die Vereinbarung allerdings so verstanden, dass bereits vor dem 01.05.2012 Anträge gestellt werden können, damit die Arbeitnehmer bereits ab 01.05.2012 arbeiten können. Unstrittig ist, dass das Inkrafttreten der Mangelberufsverordnung nicht vor dem 01.05.2012 erfolgen soll. Allerdings stehen dann erst mit der Verordnung ab dem 01.05.2012 die Mangelberufe fest. Frühere Anträge könnten folglich nur auf Vermutungen über mögliche zukünftige Mangelberufe aufbauen. Vor diesem Hintergrund sind die Vorschläge der Arbeitgeberseite nicht praxisorientiert.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek berichtet zunächst über die Dritte Energiebinnenmarkt-Richtlinie, die 2009 von der EU beschlossen wurde. Bis zum 3. März 2011 müssen die darin enthaltene Erdgasbinnenmarktrichtlinie und die Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie umgesetzt werden. Derzeit sind zwei Gesetzesvorschläge zur nationalen Umsetzung in Begutachtung: das Energie-Control-Gesetz (E-Control-G) und das Elektrizitätswirtschaftsgesetz und –organisationsgesetz 2010 (EIWOG 2010).

Die E-Control war bisher eine weisungsgebundene Behörde, die E-Control-Neu wird als unabhängige Behörde öffentlichen Rechts eingerichtet, die der Kontrolle durch Rechnungshof und Parlament unterliegt. In der Organisation wird der aus einer Person bestehende Vorstand durch einen aus zwei Mitgliedern bestehenden Vorstand erweitert. Die Regulierungskommission besteht zukünftig nicht mehr aus drei, sondern aus fünf Mitgliedern; unser Vertreter in diesem Gremium ist Ditmar Wenty. Ansonsten bleiben die bisherigen Gremien bestehen. Im Energiebeirat wird allerdings neben den Sozialpartnern auch die Industriellenvereinigung aufgenommen, was wir sehr kritisch sehen.

Im EIWOG 2010 wurden die Maßnahmenvorschläge der Arbeiterkammer zur Bekämpfung der Energiearmut nicht umgesetzt. Bei der Energiearmut geht es um Menschen, die sich die Grundversorgung mit Energie nicht mehr leisten können. Wir haben dazu ein zweistufiges Verfahren vorgeschlagen, das in einer ersten Stufe ein Monitoring-System mit einer Evaluierung z.B. über

Abschaltungen usw. vorsieht und in einem zweiten Schritt eine Verordnungsermächtigung an den Wirtschaftsminister, unter welchen Bedingungen für welche Personengruppen die Energie frei sein soll. Die Umsetzung dieser Vorschläge hat für uns auch weiterhin oberste Priorität.

Im Entwurf zum EIWOG 2010 sind auch Regelungen unter dem Begriff „Versorger letzter Instanz“ enthalten; das heißt die Verpflichtung aller Stromlieferanten zur Grundversorgung mit Strom zu einem Tarif, der nicht höher sein darf, als jener Tarif, zu dem die Mehrheit der Kunden beliefert wird. Sicherheitsleistungen dürfen nur einen Monats-Teilbetrag betragen. Wie bisher, erfolgt die detaillierte Ausgestaltung des „Versorgers letzter Instanz“ in den Ausführungsgesetzen der Länder – damit wird es zukünftig auch weiterhin neun (unterschiedliche) Regelungen geben. Für KonsumentInnen und Stromlieferanten eine nicht wünschenswerte Situation.

Kubitschek berichtet über LKW-Stellplatzinformationen auf Autobahnen. Der Fehlbestand an LKW-Stellplätzen wurde 2010 durch eine Auftragsstudie der Arbeiterkammer erhoben und gemeinsam mit dem ÖGB-Fachausschuss der Berufskraftfahrer, VIDA und der WKÖ in einer Veranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert. Laut AK-Studie fehlen rund 1.600 Stellplätze. Ziel der Arbeiterkammer ist es, die Zahl der Plätze zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen der LKW-Fahrer zu verbessern. Die ASFINAG hat tatsächlich die Zahl der Stellplätze ausgebaut; Pläne für den weiteren Ausbau liegen ebenfalls vor. Die freien Stellplätze sollen über Telematik angezeigt werden. Ein Modellprojekt läuft bereits erfolgreich.

Tamandl nimmt Bezug auf den Bericht von **Kundtner** und bedankt sich zunächst für die Aufstellung über die Verwendung von Geldern aus aufgelösten Betriebsratsfonds. Auf Nachfrage von **Tamandl** erklärt **Kundtner**, ihr den Fragebogen zur Befragung von Müttern und Vätern in Karenz zu übermitteln.

Kubitschek berichtet bezugnehmend auf die schriftliche Unterlage über neue Urheberrechtsabgaben auf Computer und Festplatten ab Oktober 2010. Die Vergütung wird in Form von pauschalen Abgaben erhoben. Trotz eines negativen OGH-Urteils bezüglich Festplatten in PCs veröffentlichte die Austro Mechana nunmehr Tarife für Leerkassettenabgaben für diverse Festplatten - wie Festplatten in oder für PCs und für mobile Computer wie Netbooks, externe Festplatten usw. Diese Tarife betragen je nach Speicherkapazität und Art zwischen 18 Euro und 36 Euro. Die Austro Mechana begründet diese Forderung auch mit dem Einnahmerückgang aus dem Verkauf von CDs und DVDs und einem steigenden Aufkommen der Nutzung von Festplatten für die Speicherung von urheberrechtlich geschützter Werke, z.B. Musik.

Gegen diese Regelung kann die AK nicht klagen, nur die Händler können klagen. Der Handel strengt einen Musterprozess an, der allerdings rund 1,5 Jahre dauern wird. Wenn eine Aufhebung erreicht wird, muss das auch an den Verbraucher zurückfließen. Die Arbeiterkammer erarbeitet zur Zeit Vorschläge für Änderungen im Verwertungsgesellschaftengesetz und führt dazu auch Verhandlungen. Zusätzlich versuchen wir, dass die Mehrbeträge auf der Rechnung ausgewiesen werden, damit die Verbraucher das zurückverfolgen und die zusätzlichen Beträge auch wirklich zurückbekommen können.

Schütz bemerkt kritisch, dass diese Gebühr in jedem Fall zunächst zu bezahlen ist. Selbst wenn die Konsumenten die Rechnungen aufbewahren, fragt sich, ob auf diesen Rechnungen, die in der Regel aus Thermopapier bestehen, nach zwei Jahren überhaupt noch etwas sichtbar ist. Außerdem ist die Firma möglicherweise mittlerweile ohnehin in Konkurs gegangen, so dass letztlich der Verbraucher auf den zusätzlichen Kosten sitzen bleibt. Auch **Kubitschek** kritisiert die Regelung und erklärt, dass die Arbeiterkammer zumindest über Gespräche mit dem Handel Rahmenbedingungen zu schaffen versucht, damit die Konsumenten sich die Mehrbeträge zurückholen könnten.

Hinsichtlich des letzten Berichtspunktes „Gentechnikzeichnung“ verweist **Kubitschek** auf die schriftliche Unterlage.

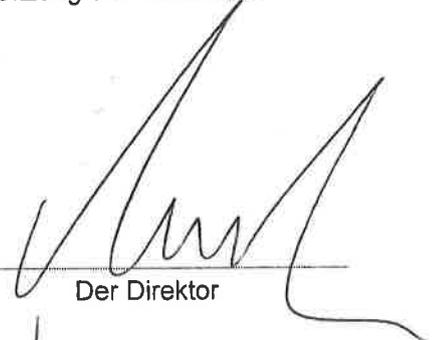
→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Tumpel** die Sitzung um 15:45 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll